

**DLG/WWF-Tagung 30. - 31. Mai 2005
In der Katholischen Akademie in Berlin**

Energie aus Biomasse – Herausforderungen für die Landwirtschaft und Naturschutz

Position der Landwirtschaft

Vortrag: Dieter Bockey, Deutscher Bauernverband e.V.

(Kurzfassung des Vortrages)

1. Situation

energie- und umweltpolitische Entwicklungen

Die Ölversorgung wird zunehmend unsicherer:

- Rückgang der Ölförderung in der Nordsee
- Fokussierung der Ölvorräte aus Krisenregionen
- Steigende Abhängigkeit von Erdöl und Erdgaslieferungen aus Russland

Auf zunehmend hohem Niveau steigende Ölpreise sind die Folge.

Umweltpolitischer Handlungsbedarf:

- Der Treibhauseffekt ist ein Signal dafür, dass die Klimagaspufferkapazität der Erdatmosphäre den Handlungsbedarf zu einer nachhaltig ausgerichteten Energieversorgung drängender aufzeigt als das Auslaufen der Erdöl- bzw. fossilen Energiereserven. Besonders der Verkehr weist als Sektor die höchsten CO₂ Steigerungsraten mit der höchsten Energieimportabhängigkeit auf. Der Handlungsbedarf drängt und die Bundesregierung hat in ihrer Kraftstoffstrategie festgestellt, dass vorläufig zunächst nur mit Kraftstoffen aus Biomasse (Pflanzenölkraftstoffen, Bioethanol und BTL) ein nennenswerter Beitrag zur nationalen wie auch internationalen Kraftstoffversorgung geleistet werden kann.
Die Kraftstoffstrategie ist daher zunehmend auf eine Diversifizierung, was sowohl die Rohstoffherkünfte als auch die daraus hergestellten Kraftstoffe anbelangt, ausgerichtet.

Rolle der Biomasse:

Biomasse ist weltweit verfügbar und nach wie vor die wichtigste Energiequelle

Biomasse ist in Deutschland wie auch in der EU die wichtigste erneuerbare Energiequelle.

Einen aktuellen Boom erfährt die Biomasseproduktion zur Strom- und Wärmegewinnung durch das erneuerbare Energiengesetz.

Hiermit einhergehend wird hierzulande die Technologieentwicklung schließlich auch als Exportschlager vorangetrieben.

Die EU-Kommission hat mit ihrem Weißbuch „Energie für die Zukunft: „Erneuerbare Energien“ den Handlungsbedarf aber auch Zielsetzungen vorgegeben, die zugleich die zu mobilisierenden Mengen aufzeigen.

Auf EU-Ebene:

- Das Weißbuch der Europäischen Kommission – „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energien“.

Das Weißbuch enthält die Zielvorgabe einer Verdoppelung der Erneuerbaren Energien (EE) von etwa 6% (Basis. 1995) auf 12 % am Primärenergieverbrauch im Jahr 2010. Die mit Abstand größte Bedeutung unter den EE fällt der Biomasse mit einer Steigerung von 45 auf 135 Mio. t Rohöläquivalent jährlich zu.

Die Energiesteuerrichtlinie

Diese umfasst u. a. die Ermächtigung für die Mitgliedsstaaten zur Steuerprivilegierung von Energieträgern, z. B.: Kraftstoffen und Biokraftstoffen.

Die Richtlinie zur Förderung von Biokraftstoffen

Die EU-Richtlinie sieht so genannte Indikative, also unverbindliche Richtwerte bzw. Mengenziele bei Biokraftstoffen vor. Danach sollen die Mitgliedsstaaten beginnend auf der Basis 2% ab 2005 schrittweise den Mengenanteil im Kraftstoffmarkt auf 5,75% im Jahr 2010 erhöhen. Auf nationaler Ebene handelt es sich hier um folgende Mengen und hiermit einhergehenden Flächenbedarf:

Biodiesel:

2005 -> 0,7 Mio. T/ 0,5 Mio. ha und 2010 -> 2 Mio. T/ 1,3 Mio.ha

Bioethanol:

2005 -> 0,7 Mio. T/ 0,37 Mio. ha und 2010 -> 2 Mio. T/ 1Mio.ha

Auf EU-Ebene für Biodiesel und Bioethanol:

2005 -> 7,4 Mio. T/ 4,8 Mio. ha und 2010 -> 20 Mio. T/12,7 Mio. ha

Auf nationaler Ebene:

Deutschland hat sich als Konsequenz zu den Klimaschutzverpflichtungen, wie bereits ausgeführt, ein sehr ambitioniertes Ziel bis 2010 gesetzt, nämlich den Anteil der EE an der Primärenergie auf mindestens 4% und beim Strom auf mindestens 12% zu erhöhen und u. a. folgende Förderinstrumente geschaffen:

- Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – im Besonderen ist die Gewährung eines Nawaro-Bonus in Höhe von 6 Cent je kWh herauszustellen
- Marktanzreizprogramm und Länderförderprogramme

Auf europäischer Ebene will die EU-Kommission mit ihrem Biomasseaktionsplan die Mitgliedstaaten verstärkt dazu drängen, Flächenpotenziale und vor allem Strategien aufzuzeigen, die Biomasse als Energiequelle zu mobilisieren, um schließlich auch die EU-Verpflichtungen zum Kyoto-Protokoll erfüllen zu können.

Die Rolle der Landwirtschaft

Für die Land- und Forstwirtschaft eröffnet sich ein Zukunftsmarkt, der Einkommensperspektiven nicht nur als Rohstoffproduzent, sondern ebenfalls als Anlagenbetreiber zur Vermarktung von Strom und Wärme (Biogas, Holzheizkraftwerke usw.) ermöglicht.

Hiermit einhergehend wird ebenso das Ziel verfolgt, nicht nur das CO₂, sondern auch die Nährstoffe (Biogasgülle) im Stoffkreislauf zu führen. Die Bioenergieproduktion ist ein echter Betriebszweig mit entsprechendem Qualifizierungsbedarf. Die degressive Ausrichtung der EEG-Einspeisevergütung bedeutet, dass die Biomasseproduktion kostengünstiger werden muss.

Durch die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und den hiermit einhergehenden Anforderungen gemäß Cross-Compliance werden jedoch hohe Anforderungen an die Biomasseproduktion gestellt. Die Anforderungen des Naturschutzes werden hierdurch in der Biomasseproduktion berücksichtigt.

Die Gap-Reform und die hiermit verbundene Entkoppelung ermöglicht die Einbeziehung neuer Kulturarten und damit die Entwicklung vielfältiger Energiefruchtfolgen.

Biomasse und Naturschutz – ein Konsens möglich ?

Die Energiepflanzenproduktion eröffnet große Chancen für eine Diversifizierung der Kulturarten, Sorten, Entzerrung der Erntezeitpunkte, Schließung von Nährstoffkreisläufen und damit auch mehr Möglichkeiten die Anforderungen des Naturschutzes nach mehr Biodiversität erfüllen zu können.

Während die Landwirtschaft in erheblichem Umfang in die Bioenergieproduktion einsteigt läuft jedoch die Forschung und Entwicklung den gestellten Anforderungen hinterher.

In den Forschungsprogrammen des Bundes- und der Länder findet die Pflanzenbauforschung in der finanziellen Ausstattung völlig unzureichend Berücksichtigung, gemessen an den selbst gestellten Zielen im Klimaschutz und der Energieversorgung. Notwendig ist eine Bund-/Länder-Strategie, die Energiepflanzenbauforschung verstärkt institutionell zu fördern. Das kürzlich vom BMVEL unterstützte Verbundvorhaben zur Optimierung des Anbaus alternativer Energiepflanzen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, allerdings ein Projekt bezogenes Vorhaben mit einer nur 3-jährigen Laufzeit. Die Erfahrung zeigt, dass Fruchtfolgeversuche in der Regel erheblich längere Forschungszeiträume benötigen.

Auch durch die Definition der Brennstoffe kann ein Einfluss auf die Produktionsintensität ausgeübt werden. Die Zulassung von Getreide als Regelbrennstoff in die 1. BImSchV ist ein Beispiel. Durch die Festlegung der Zusammensetzung der Inhaltsstoffe (Stärkeanteil/Eiweißanteil) könnte ein Einfluss auf das Intensitätsniveau und Sortenwahl genommen werden.

Zusammenfassung:

Der beschränkende Faktor für die Erreichung der Klimaschutz- und energieversorgungspolitischen Ziele, aber auch im Naturschutz bleibt das Flächenpotenzial. Die aktuellen Schätzungen und Studien über die Bioenergiepotenziale, die in Deutschland mobilisiert werden könnten unter Berücksichtigung der Anforderungen des Naturschutzes, zeigt den Handlungsrahmen, das Entwicklungspotenzial auf. Hierfür bedarf es jetzt Strategien in der Forschung, beginnend über die Pflanzenzüchtung, Entwicklung von Fruchtfolgesystemen bis hin zur Anlagentechnologie, um auch die Bioenergie selbst schließlich möglichst effizient zu nutzen.

Grundlage muss ein konstruktiver Dialog zwischen Landwirtschaft und Naturschutzverbänden sein, der diesen Entwicklungsprozess begleiten sollte. Eine sachgerechte Aufklärung ist notwendig. Die Feldversuche und Demonstrationsvorhaben zur Bioenergiegewinnung sollten daher nicht nur für die Landwirtschaft, sondern der interessierten Öffentlichkeit insgesamt geöffnet werden. Gefordert sind hier ebenfalls die Naturschutzverbände mit ihren Mitgliedern,

diese praxisnahe Forschung als Informationsquelle zu nutzen und Versuche und Ergebnisse mit den Experten vor Ort zu diskutieren.

Der Ausbau der Energiepflanzenproduktion und Verwertung ist ein evolutionärer Prozess. Dieser bedarf verlässlicher Rahmenbedingungen als Voraussetzung für die erforderlichen Anlageninvestitionen. In allen drei Aggregatzuständen kann Biomasse einen substantiellen und nachhaltigen Beitrag für eine sichere Energieversorgung leisten, ohne in Konflikt mit den Anforderungen des Naturschutzes zu geraten.